

In Zeiten wie diesen.

Die Schweiz zählt neuerdings 9 Millionen Menschen. Jeder vierte ist Ausländer und hat – ausser Steuern und Sozialversicherungen zu zahlen – nichts zu sagen, schon gar nichts zu wählen. Ziemlich genau so viele Menschen in diesem Land (2,2 Millionen für das Jahr 2017) können ihre Krankenkasse nicht mehr bezahlen und werden deshalb durch die Individuelle Prämienverbilligung unterstützt. Die Zahl dürfte sich nach dem neusten Raubzug der kranken Kassen ab 2024 dramatisch erhöhen, man muss mit einem Anteil von gegen 30 Prozent rechnen. Ende 2020 haben 341'700 Personen Ergänzungsleistungen EL zur Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung AHV bezogen, weil sie mit der AHV und einer miserablen Pensionskasse nicht überleben könnten. Geschätzte 230'000 weitere AHV-Bezüger hätten Anspruch auf EL. Haben diese aber nicht beantragt, weil sie sich schämen, das Verfahren erniedrigend ist oder weil ihnen einfach die nötigen Informationen dafür fehlen. Somit können 670'000 Menschen im reichsten Land der Welt mit der staatlich organisierten AHV und mit der privaten Pensionskasse nicht überleben.

(Übrigens wurde erst vor ein paar Jahren auf Initiative einer Neoliberalen, die es sogar zur Parteichefin gebracht hat, das EL-Gesetz nach einer üblen Neid-Kampagne des BLICK dahingehend verschlechtert, dass EL-Bezüger nicht mehr als 3 Monate pro Jahr im Ausland leben dürften. Man wolle so verhindern, dass Leute in „billigen“ Ländern von den „hohen“ Sozialleistungen aus der Schweiz profitierten. Der Clou dabei war und ist, dass die meisten dieser Leute im Ausland – man hatte insbesondere die Thailand-Rentner im Visier – dem Staat Schweiz im Krankheits- oder Pflegefall massiv Geld sparten, statt dass diese Menschen auf Kosten der EL in teuren Heimen in der „Heimat“ bis zum Tod aufbewahrt werden müssten. Die Gössi-Initiative ist eines der typischsten Beispiele für einen neoliberalen Schuss ins eigene Knie. Natürlich ist weit und breit niemand in Sicht, der diesen Unfug korrigieren würde.)

Caritas rechnet für das Jahr 2021 vor, dass im reichsten Land der Welt 745'000 (von 9 Mio) Menschen von Armut betroffen sind. Unter ihnen überdurchschnittlich viele Alleinerziehende und Menschen mit geringer Ausbildung. 157'000 Männer und Frauen sind trotz Erwerbsarbeit arm – sie sind so genannte Working Poor. Armutsbetroffen sind auch 134'000 Kinder. Zählt man all jene Menschen dazu, die nur sehr knapp über der Armutsgrenze leben – und die nach der neuerlichen Attacke der kranken Kassen (in den unteren sozialen Schichten machen die KK-Prämien, bei 2 Erwachsenen und 2 Kindern, gerne mal bis zu 20 Prozent des Einkommens aus) wohl endgültig in der Armut festsitzen -, ist die Zahl mit 1,25 Millionen fast doppelt so hoch.

Das einzige nachhaltige Wachstum in der Schweiz liegt bei der Armut – und bei den stetig steigenden Vermögen und Einkommen der reichsten 10 Prozent. Die Ungleichheit unserer Tage entspricht jener am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Es gibt [Ökonominnen](#), die diesbezüglich von einer positiven Stabilität sprechen. So sieht Zynismus aus.

Das alles ist kein Zufall, sondern die Folge einer neoliberalen Orgie, die seit 40 Jahren dem obersten Prozent der Gesellschaft obszönen Reichtum (oft durch Erbe) und unanständige Einkommen (die man absurderweise noch Löhne oder Honorare nennt) beschert. Die reichsten 10 Prozent der Schweiz besitzen 63 Prozent des Kapitals. Die ärmere Hälfte der Schweizer Bevölkerung besitzt nicht einmal 4 Prozent aller Vermögen. *Mehr Freiheit* für eine verschwindend kleine Minderheit und *weniger Staat* für den gesamten Rest. Die Umverteilung von unten nach oben wird kaum mehr als störend empfunden, am allerwenigsten von den Medien und schon gar nicht bei den dafür Verantwortlichen – bei den Politikern (jedwelcher Couleur). Längst hat man sich in der skandalösen Situation wohnlich eingerichtet. Die Pfründe sind im Proporz und im Sinne der Konkordanz verteilt. Da bleibt kein Spielraum für Grundlegendes, für systemische Korrekturen wie etwa die Vergemeinschaftung des Bodens oder für eine Erbschaftssteuer und schon gar nicht für

eine progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen. Ganz zu schweigen vom dringend notwendigen Ende des Pensionskassen-Humbugs zugunsten einer fairen Altersversorgung für alle oder gar eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle (Wer sagt eigentlich, dass die Verstaatlichung der Pensionskasse und deren Eingliederung in die AHV nicht möglich sei? Schweizer Bundesanleihen sind ja weltweit gefragt, oder? Und wenn solcherlei Fairness nicht mehr zu verhindern wäre, weil der Druck der Verhältnisse gar keine andere Wahl liesse, ist immer, aber wirklich immer auf eine durch Konsum, Werbung, Unterhaltung und durch Angstpropaganda verblödete Mehrheit an der Urne Verlass. Immer.

Die Schweiz hat nicht nur ein sattes neoliberales Parlament, sondern auch die für die Wahl notwendige Mehrheit an Schwachköpfen im Volch. Damit zu den Wahlen am 22. Oktober 2023. Aber erst einmal ein Hinweis in eigener Sache (sozusagen). Im Buch „Der Abgang“ wird für die nationalen Wahlen im Jahr 2027 eine absolute Mehrheit der SVP unter Beizug der Steigbügelhalter-Partei FdP vorausgesagt. Mit dem zu erwartenden Resultat am 22. Oktober 2023 dürften wir die Bestätigung für die Einhaltung dieses Kurses erhalten. SVP: 31 %, FdP 12 % und 2027 wird dann der Rest erledigt. Warum also sich heute noch aufregen, wenn ja doch nichts mehr zu ändern ist?

Die in den Kantonen jeweils erzielten Parteistimmen können durch eine [bestimmte Formel](#) auf die Anzahl der tatsächlichen Wählerinnen und Wähler umgerechnet werden. Demnach verzeichnet 2019 die SVP 620'343 Wähler, die SP 408'128, die FdP 366'303 und die GP 321'018 noch vor der CVP mit 275'842. Die 5. Kolonne der FdP, die sich Grünliberale nennenden neoliberalen Öko-Hedonisten wurden von 189'162 Wählerinnen gewählt.

Im Grunde genommen wäre es eine einfache Sache, die Schweiz ganz demokratisch auf ein sowohl sozial als auch ökologisch und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch ökonomisch verträgliches Land umzupolen. Allein die 2.2 Millionen IPV-Bezüger (Stand 2017!) könnten die neoliberale Mehrheit aus SVP, FdP, CVP (pardon: Mitte), und GLP in die Wüste schicken. Oder die 2,7 Millionen AHV-Bezüger, die man seit Jahren entweder als Schmarotzer oder dann als gesellschaftlichen Ausschuss behandelt, könnten die Sache regeln (auch dann noch, wenn man 35 % von ihnen als im Ausland lebend abschreiben müsste). Selbst die versammelten EL-Empfänger, die von der Politik seit Jahren als lästige Almosenbettler behandelt werden, würden entweder fast die SVP wegfegen oder doch zumindest die FdP zusammen mit ihrem grünen Ersatzrad GLP.

Zahlen lügen nicht. Aber sie betrügen jenen, der sich auf sie verlässt. Die angeführten Chiffren haben natürlich nur einen realen Wert, wenn sie erstens durch eine Wahlbeteiligung bestätigt werden und zweitens durch die Wahl der richtigen Parteien. Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent bei den Wahlen im sattesten und weissesten Land der Welt erübrigten sich eigentlich schon die harmlosesten Spekulation über die „Macht der Armen“. Aber selbst wenn all jene, die seit Jahrzehnten von der Politik im Stich gelassen wurden (Arbeiter und Nicht-Akademiker) an den Wahlen teilnahmen, stellte sich immer noch die unbequeme Frage: wen soll ich wählen?

Bei Lichte besehen wurden die in den letzten 50 bis 40 Jahren veranstalteten neoliberalen Plünderungen in diesem Land stets entweder von der Linken mitgetragen (Pensionskassen statt Volkspension, Obligatorium der kranken Kassen, Mehrwertsteuer, Pseudo-Privatisierung von PTT und SBB) oder doch zumindest nur scheinbar widerwillig geschluckt (Energiegesetz, Klimagesetz, Privatisierung des Strommarktes). Die Linke (und ab den 80er Jahren auch die Grünen) waren immer dabei, wenn es für die einfachen Leute noch härter wurde. Und der gelegentliche Widerstand über Referenden oder Initiativen war nicht mehr als Demokratie-Folklore. Wundert man sich noch, weshalb jene Zulauf erhalten, die nur eine Botschaft haben: Alles halb so schlimm, weiter so!?

Solange die Linke ihr Marionetten-Dasein als Pausen-Clown nicht aufgibt und sich immer brav und erneut erniedrigen lässt, um einen der „Ihren“ als Mitglied der Regierung gnadenvoll von der neoliberalen Mehrheit einsetzen zu lassen (man schaue sich bloss all die in ihren Parlamentsjahren zu Wirbellosen mutierten BR-Kandidaten an), so lange wird sich in diesem Land kein Schwein darum kümmern, ob diese Linke inkl. Grünes Ersatzrad ein Prozent mehr oder weniger haben wird. Von einer Mehrheit ganz zu schweigen. Man wird auf immer und ewig im für die Kapitalinteressen ungefährlichen Viertel-Anteil an der Macht dahindümpeln. Auf dass die Ungleichheit verschärft, das Land in Grund und Boden betoniert wird und jedes Jahr fast 100'000 so genannte „Fachkräfte“ aus dem Ausland hierherziehen, um die unfassbare Anzahl von einem Drittel und mehr Bullshit-Jobs durch reale Arbeitskräfte auszugleichen. Die institutionelle Linke ist längst nicht mehr das Opfer eines kapitalistischen Systems. Durch ständiges Einnicken und die Teilhabe an Pfründen (als Entgelt für „realpolitischen“ Sinn fürs Machbare) ist man zum Komplizen geworden. Und diese Parteien sollen wir wählen?

Trotz allem. Für Wählerinnen und Wähler im Kanton Solothurn wage ich eine Wahlempfehlung. Felix Wettstein (Liste 16). Er verdient als einziger von 170 Kandidaten das Vertrauen. Felix Wettstein verfügt nicht nur über ausserordentliche Kompetenz in der Sache (namentlich im Bereich der Sozialversicherungen und der Umweltfrage), er zeichnet sich insbesondere auch dafür aus, dass er die unabdingbare Sachkenntnis mit der Vision einer humanen Gesellschaft verbindet, die Voraussetzung für ein würdevolles Überleben der Menschheit ist.

Olten im Herbst 2023/SF